Jahresbericht

2018 / 2019

GRÜNER
WIRTSCHAFTS
DIALOG

Das Know-How der Wirtschaft. Zum Nutzen der Gesellschaft.

Inhalt des Berichts

Vorwort

Dr. Thomas Gambke, Grüner Wirtschaftsdialog e.V. 3

Grußwort aus Wirtschaft und Politik

Kristian Evers, Papier- und Kartonfabrik Varel GmbH & Co. KG 4

Anja Hajduk, MdB, Bündnis 90/Die Grünen 5

Unser Auftrag 6

Rückblick – Das erste Jahr 10

Aktuelle Schwerpunktthemen

Energiewende 12

Industriepolitik 16

Nachhaltige Finanzen 20

Wirtschaft im digitalen Wandel 25

Gesundheit und Innovation 29

Wohnungswirtschaft 33

Ausblick auf 2020 37

Brückenbauer zwischen Wirtschaft und Politik

Liebe Mitglieder und Interessierte des Grünen Wirtschaftsdialogs,

ein Jahr intensiver Gespräche und Abstimmungen mit Unternehmen, grüner Politik sowie einem engagierten Kreis an Unterstützer*innen haben zur Gründung des Grünen Wirtschaftsdialogs geführt. Kurz vor Weihnachten 2018 sind wir mit der Gründungsversammlung und dem ersten Strategiegespräch gestartet. Seitdem ist viel passiert.

Wir schauen gemeinsam auf ein erfolgreiches erstes Jahr zurück, in dem wir zahlreiche Gespräche über die Zukunft der Wirtschaft geführt haben. Die wirtschaftspolitischen Erwartungen an Bündnis 90/Die Grünen wachsen mit Umfragen und Wahlergebnissen sowie den neuen Regierungsbeteiligungen in verschiedenen Bundesländern. Dadurch gilt es, zusätzliche Wirtschaftsexpertise und neue Initiativen sowie konkrete Impulse in die politische Arbeit einzubringen.

Die Herausforderungen der ökologischen Transformation unserer Wirtschaft sind immens. Politik und Wirtschaft müssen deshalb stärker aufeinander hören und gemeinsam an umsetzbaren Lösungen arbeiten, um diesen Herausforderungen zu begegnen. Wir möchten sowohl Politiker*innen als auch Unternehmer*innen bei der Transformation in die sozial-ökologische Marktwirtschaft unterstützen und die vielfache Expertise unseres Netzwerkes nutzen, um beiden Seiten die notwendigen Impulse zu geben. Insofern verstehen wir uns als aktiver Brückenbauer zwischen Wirtschaft und (grüner) Politik.

Wir haben einen erfolgreichen Start hingelegt und bereits einige Veranstaltungen durchgeführt. Dieser Jahresbericht gibt einen Überblick über die vergangenen Tätigkeiten und Schwerpunkte unserer Arbeit.

Ich freue mich sehr auf die weitere Arbeit mit dem Grünen Wirtschaftsdialog!
Lassen Sie uns gemeinsam an der Zukunft unserer Wirtschaft arbeiten.

Dr. Thomas Gambke

Vorsitzender des Grünen Wirtschaftsdialogs e.V.,
Unternehmer, ehemaliger MdB sowie Mittelstandsbeauftragter der
Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen (2009-2017)

Die Zukunft gestaltet man miteinander, nicht gegeneinander

Energiewende, Digitalisierung und demografischer Wandel werden und müssen zu nachhaltigen Veränderungen in unserer Gesellschaft und unserer Volkswirtschaft führen. Das ist zunächst einmal keine schlechte Nachricht, denn Veränderungen sind immer auch eine Chance für Verbesserungen. Dies gilt für Investitionsentscheidungen in Unternehmen gleichermaßen wie für politische Entscheidungen über den Ordnungsrahmen. Die genannten Themen bieten große Möglichkeiten, um unsere Wirtschaft innovativer zu gestalten, vermeintliche Widersprüche zwischen Ökonomie und Ökologie aufzulösen, sowie um die Lebensqualität in der Gesellschaft zu verbessern. Sie bieten aber auch allesamt das Potential für große Verteilungskonflikte, Zukunftsängste und Fehlentwicklungen.

Der Austausch zwischen Wirtschaft und Politik in den vom GWD geschaffenen Foren bietet die große Chance, die verschiedenen Sichtweisen nebeneinander zu legen, Missverständnisse zu klären, aber auch Unterschiede deutlich herauszuarbeiten. Mich hat von Beginn an die Offenheit beeindruckt, mit der die Teilnehmer*innen im Fachforum „Energieintensive Grundstoffindustrie“ die Themen diskutierten. Dies war geprägt von dem gemeinsamen Verständnis, dass die Gespräche nicht dazu dienen, den jeweils anderen von der eigenen Position zu überzeugen, sondern um gemeinsam Erkenntnisse zu gewinnen, die zu Lösungsansätzen führen.

Demokratie ist auf Kompromisse angewiesen, dabei darf aber nicht der „kleinste gemeinsame Nenner“ das Leitbild sein. Die großen Themen unserer Zeit müssen auch mit der notwendigen Geschwindigkeit angegangen werden, sonst nehmen die Entwicklungen uns die Möglichkeiten der Einflussnahme. Deshalb gehört dazu auch ein gewisses Maß an Mut, um Hebel in Bewegung zu setzen. Dazu gehört aber auch die Verantwortung, zu benennen, wer in welchem Maße von den Auswirkungen betroffen ist.

Der GWD ist angetreten, um dies offen und gemeinsam herauszuarbeiten. Das Jahr 2019 war ein vielversprechender Start – 2020 müssen wir zeigen, dass wir es ernst meinen. Ich freue mich darauf!

Kristian Evers

Gesellschafter der Papier- und Kartonfabrik Varel GmbH & Co. KG,
Gründungsmitglied des Grünen Wirtschaftsdialogs e.V.

Ökonomischer Erfolg und Klimaschutz sind keine Widersprüche, im Gegenteil

Schwächelnde Konjunktur, Unsicherheiten durch Brexit und sich zuspitzende Handelskriege auf der einen Seite, weltweite Klimaproteste der „Fridays for Future“ auf der anderen – die vergangenen Monate haben die enorme Bandbreite wirtschaftspolitischer Herausforderungen in besonderer Weise deutlich gemacht. Wir müssen unsere Wirtschaftsweise heute verändern, damit unsere Art zu produzieren die Klimakrise nicht noch weiter anheizt. Grüne Wirtschaftspolitik wird von der Überzeugung getragen, dass die Basis unseres zukünftigen Wohlstands und gesellschaftlichen Zusammenhalts darin besteht, Ökologie und Ökonomie zu versöhnen, anstatt sie gegeneinander auszuspielen. Ökonomischer Erfolg und Klimaschutz sind keine Widersprüche, im Gegenteil: Investitionen in Klimaschutz und Digitalisierung sind Investitionen in die Zukunft und bieten die Chance, die Technologien und Arbeitsplätze der Zukunft zu entwickeln.

Doch nicht nur die Klimakrise fordert neue Antworten aus der Wirtschaft. Die Digitalisierung wird unsere Art zu produzieren und zu arbeiten fundamental verändern. Gegebenenfalls müssen bisherige Erfolgskonzepte angesichts neuer Akteure und neuer Geschäftsmodelle überdacht werden. Schließlich braucht es einen Rahmen, damit dieser Wandel nicht nur ökonomisch erfolgreich, sondern auch ökologisch und sozial verträglich gelingt. Angesichts dieser grundlegenden Veränderung kommt der Politik eine entscheidende Rolle zu, denn dieser notwendige Wandel beginnt nicht automatisch.

Sie muss erstens die Rahmenbedingungen setzen, damit sich die entsprechenden privaten Investitionen auch lohnen. Zweitens muss der Staat durch sein eigenes Handeln glaubhaft und verlässlich zeigen, dass er den Wandel fördern will, denn nur so entsteht Planungssicherheit. Die notwendigen politischen Antworten entstehen jedoch nicht im luftleeren Raum, sondern im Austausch mit der Wirtschaft und damit denjenigen, die auch in Zukunft unter veränderten Bedingungen den Wohlstand unseres Landes sichern.

Genau diesen wertvollen Raum für Austausch und gegenseitiges Zuhören bietet der Grüne Wirtschaftsdialog, und das ist angesichts der Größe der Herausforderungen wichtiger denn je.

Anja Hajduk

MdB, Bündnis 90/Die Grünen
Stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion

Gemeinsam in die sozial-ökologische Marktwirtschaft

Der Grüne Wirtschaftsdialog e.V. ist ein parteiunabhängiger Zusammenschluss von Unternehmen und Personen, die für gegenseitiges Verständnis und offene Kommunikation zwischen der Wirtschaft und der Politik im Allgemeinen sowie politischen Entscheidungsträger*innen von Bündnis 90/Die Grünen im Besonderen sorgen wollen.

Unternehmerische Entscheidungen unterliegen anderen Sichtweisen und Zeithorizonten als politische. Eine unzureichende Kenntnis und fehlendes Verständnis dafür, was die jeweils andere Seite antreibt und welche Grundlagen und Rahmenbedingungen Entscheidungen bestimmen, verhindert oftmals ein zielgerichtetes staatliches Handeln.

Die Folgen eines nicht nachhaltigen Umgangs mit natürlichen Ressourcen werden immer stärker sichtbar. Die Themen Ökologie und Nachhaltigkeit haben längst ihr Nischendasein verlassen und beschäftigen heute die Gesellschaft wie kaum ein anderes Politikum. Eine breite Masse in der Bevölkerung fordert inzwischen ein gesamtgesellschaftliches Umdenken und vor allem Umlenken.

Neben der Politik kommt hier der Wirtschaft eine besondere Rolle zu. Während die Wirtschaft in der Vergangenheit oft als Bremse des Klimaschutzes empfunden wurde, wächst in den Firmen zunehmend ein starkes Verständnis zur Notwendigkeit einer Umsteuerung sowie ein Bewusstsein für Chancen, die hieraus erwachsen können.

Nur wenn wir das bestehende Wirtschaftsmodell zu einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft weiterentwickeln, können wir Herausforderungen wie Klimaerhitzung oder Artensterben adäquat begegnen und zeitgleich unseren Industriestandort zukunftsfähig gestalten. Unser Ziel ist es daher, diese wirtschaftliche und gesellschaftliche Transformation im Sinne eines „Green New Deals“ zu fördern.

Hierbei möchten wir als gemeinsamer Impulsgeber und vor allem als Vermittler zwischen Politik und Unternehmen fungieren. Erst mit gegenseitigem Verständnis dafür, welche Grundlagen und Rahmenbedingungen die Entscheidungen der jeweils anderen Seite bestimmen, ist ein konstruktiver Dialog möglich. Die gemeinsame Verantwortung für unser aller Zukunft treibt uns an. Wir sind überzeugt, dass große Veränderungen notwendig und machbar sind. Deshalb stellen wir uns dieser Herausforderung und wollen sie mitgestalten.

Unser Handeln orientiert sich konsequent an unseren Werten

Nachhaltiges Wirtschaften. Wir unterstützen den Wandel zu einer umfassend nachhaltigen Wirtschaftsweise. Wir erkennen darin ein Versprechen für eine bessere Zukunft aller. Im Mittelpunkt stehen für uns dabei die Befähigung und die freie Entfaltung der Menschen, Chancengleichheit sowie Zusammenhalt.

Verpflichtung zur sozial-ökologischen Marktwirtschaft. Wir alle wissen, dass unser bestehendes Wirtschaftsmodell zu einer Marktwirtschaft weiterentwickelt werden muss, die sich nicht nur an soziale, sondern auch an ökologische Standards und Verpflichtungen hält. Die Zukunft der Wirtschaft und vor allem der Produktion und ihrer Produkte, muss nachhaltig, klimaschonend, ressourcen- und energieeffizient sein. Dazu wollen wir die Chancen von neuen Technologien, insbesondere der Digitalisierung und Künstlichen Intelligenz, nutzen.

Innovation. Wir brauchen Innovationen, um unsere ambitionierten Ziele zu erreichen. Wir plädieren dafür, deren Chancen und Risiken unvoreingenommen zu analysieren. Auf dieser Grundlage gilt es, ihre Potenziale für eine nachhaltige Wirtschaftsweise zu bewerten. Wir wissen, dass im ressourcenarmen Deutschland der wirtschaftliche Erfolg eng mit dem erfolgreichen Umsetzen von Innovationen verknüpft ist – sowohl vor Ort als auch auf dem Weltmarkt.

Internationale Zusammenarbeit. Wir sind überzeugt, dass internationale Zusammenarbeit eine wesentliche Voraussetzung für die Zielerreichung ist. Wir wollen die globale Entwicklung aus Deutschland und Europa heraus gestalten sowie die von außen kommenden Herausforderungen berücksichtigen.

Schnelligkeit und Effizienz. In Wirtschaft und Politik werden tagtäglich Entscheidungen getroffen, bei denen es um Gründlichkeit und Ausgewogenheit, aber auch um Schnelligkeit und Effizienz geht. Vor diesem Hintergrund wollen wir Strukturen und Prozesse kritisch hinterfragen, um der Dynamik technologischer Entwicklungen und gesellschaftlicher Veränderungen gerecht zu werden.

Bildung, ein Leben lang. Unsere wichtigsten Ressourcen sind die Wissenschaft, unsere Infrastruktur, unsere Rechtssicherheit und unser sozialer Frieden. Vor allem aber sind es hervorragend ausgebildete und motivierte Menschen; deshalb werden schulische Bildung, Ausbildung und Lebenslanges Lernen eine zentrale Rolle bei allen Überlegungen spielen.

Mit konkreten Projekten erarbeiten wir gemeinsam realistische Maßnahmen

Der Grüne Wirtschaftsdialog e.V. organisiert projektbezogen die Erarbeitung konkreter Lösungen für aktuelle, komplexe Herausforderungen. Definierte Sach- und Zeitziele sowie ein strukturiertes Nachverfolgungsmanagement prägen unsere Arbeit. Regelmäßig wird zu Strategiegesprächen des Wirtschaftsdialogs eingeladen. Die Gespräche dienen der Sondierung von Schwerpunktthemen.

Lösungswege werden in spezifischen Fachforen erarbeitet, die jeweils von einer Chairperson aus Unternehmen und einer*m grünen Politiker*in gemeinsam verantwortet werden. Die Fachforen definieren die Projekte und den Zeitrahmen für die Erarbeitung entsprechender Konzeptpapiere, bzw. konkrete Umsetzungen.

Regionale Wirtschaftsforen und Gespräche dienen dazu, den Dialog zwischen Politik und Unternehmen auch vor Ort zu entwickeln und zu verstetigen. Wir streben dabei die Bildung von Regionalgruppen an, die eigeninitiativ Themen aufgreifen und Treffen organisieren.

In Ad-hoc-Foren greifen wir aktuelle Themen kurzfristig auf, um diese nachfolgend zu vertiefen oder um die öffentliche Kommunikation vorzubereiten. Wir wollen Chancen von Veränderungen aufzeigen, eine konkrete Umsetzung ermöglichen und Risiken benennen. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit unterstützen den Dialog zwischen Politik, Zivilgesellschaft und Unternehmen.

Impressionen des CEO-Meetings zur Dekarbonisierung am 24.10.2019 in Berlin (Fotos: Hans-Christian Plambeck)

Ein buntes Team, vereint durch eine klare Mission

Vorstand des Grünen Wirtschaftsdialogs e.V.

Dr. Thomas Gambke

Vorsitzender des Grünen Wirtschaftsdialogs e.V.

Unternehmer und MdB a.D.

Gabriele C. Klug

Stellv. Vorsitzende und Geschäftsführerin des Grünen Wirtschaftsdialogs e.V.

Stadtkämmerin a.D. der Stadt Köln, Rechtsanwältin

Bernd Geilen

Stellv. Vorstands-vorsitzender der ING-DiBa AG

Dr. Ophelia Nick

Geschäftsführerin der J.M.Voith GbR

Roland Schüren

Inhaber "Ihr Bäcker Schüren"

Heidi Schiller

Geschäftsführende Gesellschafterin der Kaito Projekt GmbH

Operative Unterstützer*innen der ersten Monate

Maria Cyliax

Referentin des Vorstands

Anna Cebotareva

Referentin für Kommunikation

Julian Joswig

Referent für Themenentwicklung

Kaspar Filipp

Referent für Themenentwicklung

Mitglieder im Beratungskreis

Sebastian Frevel

Geschäftsführender Gesellschafter, von Beust & Coll. Beratungsgesellsch. mbH & Co KG

Nikolaus Huss

Geschäftsführender Gesellschafter, KovarHuss GmbH

Michael Merkel

Autoentrepreneur, Straßburg

Thomas Potthoff

Referent im Büro von Dr. Danyal Bayaz MdB

Interne Entwicklungen

37 ordentliche Mitglieder

20 Förder-mitglieder

1 Projekt-förderung

Stand der Entwicklungen im Dezember 2019 (zu Redaktionsschluss des Jahresberichtes)

Unser Verein ist stark gewachsen. Seit der Gründung des Grünen Wirtschaftsdialogs haben wir viel Zuspruch und Anerkennung aus Politik und Wirtschaft erfahren. Viele Unternehmen verschiedenster Branchen und Größen sind unserem Netzwerk beigetreten und wöchentlich sprechen uns weitere Unternehmer*innen interessiert auf unsere Arbeit und die verschiedenen Kooperationsmöglichkeiten an. Zu den Fördermitgliedern gehören zum Beispiel bereits die Unternehmen Envitec Biogas AG, Swiss Life Deutschland Holding GmbH, Open Grid Europe GmbH, fritz-kulturgüter GmbH, ING-DiBa AG, Airbus SE und Toyota Deutschland GmbH. Eine Projektförderung ist bereits realisiert, weitere werden derzeit konkretisiert.

Wir haben tatkräftige Unterstützer*innen gewonnen. Innerhalb der ersten Monate konnten wir auf die jahrelange und hochqualitative Expertise der einzelnen Vorstandsmitglieder sowie unserer Berater*innen zurückgreifen, welche den Grünen Wirtschaftsdialog zu einem erfolgreichen Start verholfen haben. Darüber hinaus ist es uns gelungen, talentierte Mitarbeiter*innen von renommierten Organisationen und Universitäten für unsere Arbeit im Verein zu gewinnen.

Wir sind in weiten Teilen der Bundesrepublik vertreten. Neben unserer festen Repräsentanz in der Hauptstadt sind wir durch unsere Vorstandsmitglieder und Berater*innen sowie durch die vielzähligen Mitglieder stark regional vertreten und greifen auf ein bundesweites Netzwerk an Themen, Kompetenzen und Ideen zurück.

Wir sind Teil der öffentlichen Debatte. Mit unserer Arbeit haben wir den Geist der Zeit getroffen und ein wirtschaftspolitisches Vakuum in Deutschland gefüllt. Durch unsere Gesprächsformate, wie etwa den Fachforen und den Strategiesprächen, konnten wir mediale Aufmerksamkeit gewinnen und wurden beispielsweise in der WirtschaftsWoche zitiert.

Von der Gründung bis heute – und noch weiter

Intern

- Gründungsversammlung und Vorstandswahl am 14.12.2018 (Berlin)
- Impuls zur Gründung der Regionalgruppe Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen am 13.05.
- GreenCrunch KlimaDinner (Jahresabschluss-veranstaltung) des GWD am 12.12. (Berlin)

Strategisch

- Bayern Business Brunch am 24.05. (München)
- CEO Meeting zur Dekarbonisierung der Wirtschaft am 24.10. (Berlin)
- Strategietreffen Industriepolitik mit Impulsen von MP Winfried Kretschmann und „Wirtschaftsweisen“ Prof. Dr. Lars Feld am 04.12. (Stuttgart)

Fachlich

- Dekarbonisierung der Wirtschaft/Ergebnisse der „Kohlekommission“ (KK)
  - Ad-Hoc Forum KK am 14.03. (Berlin)
  - KK Follow-Up Infrastruktur am 15.06. (Köln)
  - KK Follow-Up Marktdesign am 11.07. (Stuttg.)
  - KK Follow-Up Strukturpolitik und Neue Qualifikation am 26.11. (Leipzig)
- Fachforum Impact Investment am 07.05. (Frankfurt a.M.)
- Fachforum Emissionsarme Energieträger am 24.06. (Berlin)
- Fachforum Digitalisierung am 26.06. (Berlin)
- Fachforum Gesundheit und Innovation am 22.07. (Berlin)
- Fachforum Energieintensive Grundstoffindustrie am 20.11. (Berlin)
- Fachforen Mobilität und Wohnungswirtschaft im 1. Quartal 2020

GRÜNER WIRTSCHAFTS DIALOG

Energiewende

Energiewende

Unsere Top 3 politischen Imperative

1. Die Politik muss die Akzeptanz für den Ausbau der Erneuerbaren Energien stärker fördern, etwa durch Öffentlichkeitsbeteiligungen bei kommunalen Windenergieprojekten und dem begleiteten Aufbau Neuer Qualifikation in Regionen fossiler Energieindustrien

2. Die Regulatorik des Strommarktes muss flexibler gestaltet werden und einhergehen mit einer smarten und dezentralen Nutzung der Netzinfrastruktur – dies ist insbesondere relevant für Industrieunternehmen mit Eigenverbrauchsanlagen

3. Die Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen, etwa den Aufbau von nachhaltigen, regionalen Energiequellen, muss in Zeiten von Niedrig-/Negativzinsen für private Anleger*innen attraktiver werden; Politik und Finanzwirtschaft müssen sowohl Aufmerksamkeit als auch Anreize schaffen

Die Energiewende ist aufgrund der elementaren Bedeutung von Energie in jeglichen Sphären von Wirtschaft und Gesellschaft das Herzstück der sozial-ökologischen Transformation. Nur wenn wir uns zeitnah von fossilen Energiequellen abwenden, hin zu erneuerbaren Energieträgern, kann die gesamtwirtschaftliche Umwandlung erfolgreich sein und eine Einhaltung der Klimaschutzziele gelingen.

Der Kohleausstieg ist hierfür ein wichtiger Schritt, jedoch muss sich das gesamte Energiesystem in seiner Infrastruktur und Regulatorik reformieren. Die Notwendigkeit für Konzepte wie Stromautobahnen für Elektrizität norddeutscher Windkrafträder sind hinlänglich bekannt. Im Rahmen der Fachforen wurden neue Ansätze für die Einbindung der energieintensiven Grundstoffindustrie vorgeschlagen. Eine Flexibilisierung der Regulatorik würde beispielsweise erlauben, dass Betriebsstätten Energie direkt von nahegelegenen Solar- oder Windparks beziehen könnten. Gleichzeitig sind viele Betriebe mit Eigenverbrauchsanlagen ausgestattet, die zu Bedarfszeiten in das Netz einspeisen könnten. Wir vom Grünen Wirtschaftsdialog freuen uns über solche und andere Impulse sowie darauf, die Konzepte weiter zu konkretisieren.

Energiewende

Darüber hinaus muss sichergestellt werden, dass grüne Energiequellen zukünftig Versorgungssicherheit in Höchstlastperioden bieten können. Zur Vermeidung der Deckungslücke könnte hier ein Kapazitätsmarkt Abhilfe schaffen (Agora Energiewende, 2019).

Neben der Optimierung der Bestandsnetze sollten Bundesnetzagentur und Netzbetreiber andere längerfristige Initiativen anstoßen. Eine automatisierte Systemführung kann hier ebenso eine Rolle spielen wie regionale, flexible Lösungen.

Angesicht der regionalwirtschaftlichen Bedeutung der Braunkohleindustrie ist insbesondere das Thema „Neue Qualifikation“ für die von der Transformation betroffenen Arbeitnehmer*innen sehr wichtig. Regionen wie die Lausitz benötigen Strukturprogramme und -maßnahmen, die lokale Stärken wie Bildungsinstitutionen, Industrie und Handwerk zu zukunftsfähigen Clustern verbindet.

Die Kombination von ökonomischen, ökologischen und sozialen Faktoren sollte nicht als Hindernis sondern als Chance begriffen werden. Alles in allem wird es entscheidend sein, die wirtschafts- und klimapolitischen Debatten in die breite Gesellschaft zu tragen, um rasch Akzeptanz und mittelfristig auch Unterstützung bei der Transformation zu bekommen.

Denn nur wenn es der Politik gelingt, ein breites Bewusstsein für den notwendigen Erfolg der Energiewende und dem damit verbundenen strukturellen Ausstieg aus fossilen Energiebranchen zu etablieren, kann der Wandel erfolgreich sein. Im abgelaufenen Jahr haben wir in unseren Fachforen Vertreter aus Industrie, Gewerkschaft, Verwaltung und Politik zusammengebracht. Auf allen Seiten ist der Gestaltungswille groß und die Gemeinsamkeiten überwiegen die Differenzen.

Impressionen des Strategietreffens am 04.12.2019 in Stuttgart (Foto: Thomas Rathay)

Energiewende – Stimmen aus der Wirtschaft

Für eine zukunftsorientierte Förderkulisse

Jörg Fischer, CFO der EnviTec Biogas AG

„Mit der Energiewende war Deutschland ja mal Vorreiter. Das ist vorbei. Andere Länder haben zum Teil aus unseren Fehlern gelernt und sind deutlich dynamischer. Die Förderkulissen wurden zu schnell und zu radikal geändert, das hat die Unternehmenslandschaft ruiniert. Das politische Ziel, als Vorreiter auch eine nachhaltig starke regenerative Energiewirtschaft aus Deutschland heraus zu etablieren, ist nicht gelungen. Die Versachlichung der Debatte und die Rolle verschiedener Energieträger darin sind ein wesentlicher Antrieb für unser Engagement."

Innovationen aus dem Automobilsektor

Ferry M. M. Franz, Direktor der Berliner Konzernrepräsentanz von Toyota Motor Europe

„Neben batterieelektrischen Fahrzeugen und unseren etablierten Hybriden, spielt die Wasserstofftechnologie in unserer technologieoffenen Strategie eine bedeutende Rolle.

Wasserstoff geht dabei noch einen entscheidenden Schritt weiter. Neben den automobilen Anwendungen kann H_2 auch in verschiedenen anderen Anwendungen eine bedeutende Rolle bei der Entwicklung hin zu einer dekarbonisierten Gesellschaft spielen."

Die integrale Bedeutung von Wasserstoff

Jörg Starr, Technischer Projektmanager bei der AUDI AG und Vorsitzender des Clean Energy Partnerships (CEP)

„Zur Erreichung der Ziele der Energiewende ist auch eine dynamische Umgestaltung des Verkehrssektors notwendig. Wasserstoff aus erneuerbaren Energien ist die Schlüsselkomponente für eine erfolgreiche Energie- und Verkehrswende. Die Technologie ist marktreif, jetzt müssen wir die Rahmenbedingungen für eine flächendeckende Marktaktivierung gestalten. Dafür ist es wichtig, dass Politik und Industrie diesen Weg gemeinsam gehen."

GRÜNER WIRTSCHAFTS DIALOG

Industriepolitik

Industriepolitik

Unsere Top 3 politischen Imperative

1. Die Industrie, insbesondere in den energieintensiven Branchen, benötigt Planungssicherheit im Bereich der sozial-ökologischen Transformation, um zeitnah entsprechende Investitionen, etwa in effizientere und nachhaltige Industrieanlagen umzusetzen

2. Es bedarf einer übergreifenden, europäischen Regulatorik, um wichtige industriepolitische Themen, wie z.B. die Minderung von Carbon Leakage, der unternehmensseitigen Verlagerung von CO_2-Emissionen ins schwächer regulierte Ausland, oder die Massenverwendung von Wasserstoff, effektiv anzugehen

3. Deutschland muss sich zum globalen Vorreiter im Bereich der Energiewende und der klimafreundlichen Industrie profilieren – eine klare Regulatorik in Kombination mit gezielter Förderung von Forschung und Innovation müssen einen entscheidenden Standortvorteil und Zukunftsfähigkeit bieten

Die deutsche Industrie, insbesondere der exportorientierte Anlagenbau sowie die Automobilbranche und ihre zugehörigen Zulieferbetriebe, ist die Stütze internationaler Wettbewerbsfähigkeit und europäischer Innovationskraft. Jedoch ist klar, dass die Industrie aufgrund ihres immensen Energiebedarfs in Kombination mit der Verwendung von fossilen Energieträgern ein treibender Faktor von Umweltverschmutzung und Klimawandel ist.

Die Dekarbonisierung, also das Streben nach einer CO_2-freien Wirtschaftsweise, ist im Hinblick auf die Herausforderungen in der Industrie sprichwörtlich die Mondlandung des 21. Jahrhunderts. Wenn man die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens schnellstmöglich erreichen möchte, bedarf es weitreichender grüner Innovationen und den mutigen Einsatz engagierter Unternehmer*innen.

Nicht nur in den öffentlichkeitsnahen B2C-Branchen der Mobilität, wie etwa der Automobil- und Luftfahrtindustrie, sondern auch insbesondere in der Grundstoffindustrie, welche z.B. Aluminium, Zement und andere Zwischenprodukte herstellt, spielen ökologische Rahmenbedingungen eine prägende Rolle.

Industriepolitik

Angesichts der wachsenden Bereitschaft von Unternehmer*innen, einen aktiven Beitrag zu den verbindlichen Klimazielen zu leisten, muss Klimaschutz als Standortvorteil gedacht und gesehen werden. Dazu bedarf es einer äquivalenten Regulatorik. Wenn Wirtschaft, Politik und Gesellschaft an einem gemeinsamen Strang ziehen, können Angebot und Nachfrage in einem geordneten Rahmen die Transformation konsequent realisieren.

Das Beispiel von CO_2-neutralem Stahl, welcher durch die Verwendung von grünem Wasserstoff hergestellt werden könnte, zeigt, dass bei Umsetzung entsprechender Richtlinien jene klimafreundlichen Hersteller auch einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil gegenüber den Herstellern hätten, die bei der Produktion auf fossile Energieträger setzen. Idealerweise sollten solche Richtlinien nicht nur national, sondern auf europäischer Ebene umgesetzt werden, um einen größeren Wirkungshebel bei der Dekarbonisierung zu erzielen und zeitgleich unseren EU-Binnenmarkt und die Innovationskraft zu stärken.

Nur wenn Deutschland mit grünen Ideen ein starker Industriestandort bleibt, ist die Energiewende vollends erfolgreich. Diverse politische Implikationen wurden in den thematischen Fachforen zu Industriepolitik bereits besprochen. Bezüglich der CO_2-Reduzierung deutscher Industrieunternehmen könnten beispielsweise Effizienzsteigerungsmaßnahmen in ausländischen Niederlassungen berücksichtigt werden. Häufig haben diese einen höheren Wirkungsgrad dort als bei heimischen, moderneren Anlagen. Investitionen können so effizienter kanalisiert werden, ohne die heimische Industrie zu benachteiligen. Wir möchten diese Gespräche im nächsten Jahr fortsetzen und freuen uns auf neue Interessenten, die hierzu beitragen.

Impressionen des Fachforums zur Energieintensiven Grundstoffindustrie am 20.11.2019 in Berlin (Fotos: Jens Jeske)

Industriepolitik – Stimmen aus der Wirtschaft

Grüne Industriepolitik – eine Chance für Umwelt und Wirtschaft

Gunda Röstel, Kaufm. Geschäftsführerin der Stadtentwässerung Dresden GmbH und Prokuristin der GELSENWASSER AG

„Grüne und Wirtschaftsdialog? Das hat noch vor 20 Jahren in den Unternehmen bestenfalls ein freundliches Schulterzucken bewirkt. Heute braucht es ein solches Format nicht nur, weil die Grünen deutlich wachsende Regierungsverantwortung übernehmen, sondern vor allem, weil die ur-grünen Themen Klima- und Umweltschutz die Rahmen und gleichermaßen die Innovationstreiber der unternehmerischen Entwicklung geworden sind. Für vorausschauende Unternehmen sind Energieeffizienz und das Setzen auf erneuerbare Alternativen schon längst keine Bedrohung mehr, sondern Kostenfaktor und Wettbewerbsvorteil. Und manchmal denke ich, dass viele Unternehmen weiter sind, als es Grünen Politikerinnen und Politikern bekannt ist. Deshalb lohnt sich ein Austausch auf Augenhöhe, weil man voneinander lernen und miteinander gestalten kann. Ich jedenfalls freue mich über den Grünen Wirtschaftsdialog als offenes und spannendes Format und hatte als Mitglied der Kohlekommission bereits das aktive Vergnügen, als Diskutantin dabei mitzuwirken.“

Der Druck des Wettbewerbs verlangt nach klaren Rahmenbedingungen

Kristian Evers, Gesellschafter der Papier- und Kartonfabrik Varel GmbH & Co. KG und Gründungsmitglied des Grünen Wirtschaftsdialogs e.V.

„Die Energiewende ist keine Option, sondern sie muss gelingen. Punkt. Das geht nicht ohne Verzicht, und jeder Akteur, der CO_2 emittiert, muss sich fragen, welchen Beitrag er selbst dafür leisten kann. Die Politik wiederum ist am Zug, die nötigen Rahmenbedingungen klar und verlässlich vorzugeben, und zwar für alle. Unser Unternehmen könnte in fünf Jahren CO_2-frei sein. Allerdings zu dramatischen Wettbewerbsnachteilen, wenn nicht alle in der Branche das gleiche Ziel erreichen müssen und damit demselben Investitions- und Kostendruck unterliegen. Zugespitzt formuliert: Es kann ja nicht sein, dass der eigene Weg, nur, weil er für richtig befunden wurde, in die Pleite führt. Diesen Weg kann und wird kein Unternehmer einschlagen, der sich seiner sozialen Verantwortung gegenüber seinen Mitarbeiter*innen bewusst ist. Das geht nur, wenn alle diesen Weg gehen müssen.“

GRÜNER WIRTSCHAFTS DIALOG

Nachhaltige Finanzen

Nachhaltige Finanzen

Unsere Top 3 politischen Imperative

1 Sustainable Finance ist das Herzstück des EU-Aktionsplans zur Finanzierung nachhaltigen Wachstums – die Nachhaltigkeits-Taxonomie muss für öffentliche Investitionsfonds rigoros angewendet werden

2 Die Bundesregierung muss Sustainable Finance mehr Aufmerksamkeit schenken und eine nationale Strategie entwickeln, sodass Deutschland ein führender Finanzplatz für nachhaltige Produkte wird – hierfür bietet die Arbeit des Staatssekretärsausschusses für nachhaltige Entwicklung eine Grundlage

3 Sinnvolle Regulatorik bedeutet zunächst die Bepreisung von negativen Externalitäten, zum Beispiel über einen angemessenen CO_2-Preis. Zusätzlich brauchen wir einen europäischen Plan, um den Investitionsrückstand von 180 Mrd. EUR pro Jahr von privaten und öffentlichen Investoren zu bedienen und die Klima- und Energieziele bis 2030 zu erreichen

Unser Planet wird gerettet, einzig und allein durch das Engagement der großen, institutionellen Investoren der Industrienationen – dieser Eindruck entsteht zumindest in den entsprechenden Nachhaltigkeitsberichten und journalistischen Veröffentlichungen zu diesem Thema. Besonders hervorgehoben wird in dem Kontext häufig auch das verantwortungsvolle Investment entlang der Kriterien Umwelt, Soziales und Unternehmensführung (*Environment, Social and Governance* – ESG).

So berichtet Forbes (2018), dass inzwischen 81% aller Investoren ein Nachhaltigkeits-, Impact- oder ESG-Mandat hätten. Die globale Unternehmensberatung McKinsey (2018) gibt an, dass inzwischen ein Viertel aller globalen Anlagen unter ESG-Prämissen verwaltet werden.

Allein in den fünf größten analysierten Märkten (Europa, USA, Japan, Kanada und Australien/Neuseeland) werden nach diesen Angaben inzwischen 30 Billionen USD über nachhaltige Investments betreut – Tendenz stark steigend (GSIA, 2018). Der größte Markt sei Europa, wo als nachhaltig deklarierte Investments heute bereits mehr als die Hälfte aller Investitionen ausmachen.

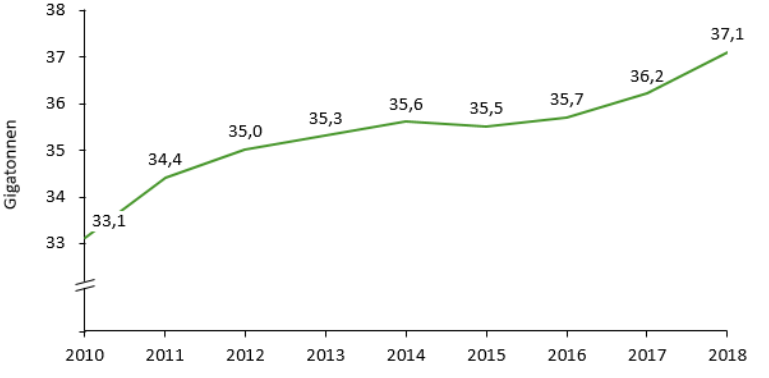
Nachhaltige Finanzen

Ein Blick auf die Fakten zur Klimaveränderung zeichnet allerdings ein völlig anderes Bild.

Als einer von vielen Indikatoren von Umweltbeschädigung gibt das Musterbeispiel der Treibhausgase klar zu erkennen, dass trotz des inflationär verwendeten Etiketts der „Nachhaltigkeit“ der Planet unverändert intensiv belastet wird.

Fakt ist, dass die CO_2-Emissionen weltweit weiterhin ansteigen.

CO_2-Emissionen aus fossilen Energiequellen weltweit



Quelle: Global Carbon Project, 2019

Die Ursachen für diese Situation sind vielfältig. So herrscht in Bezug auf Kontrolle von Treibhausgasen ein doppeltes Marktversagen. Erstens werden negative Externalitäten (Verschmutzung, Klimawandel, etc.) umweltschädlicher Geschäftsmodelle nicht ausreichend von staatlicher Seite bepreist. Zweitens ermöglichen nicht ausreichend abgesicherte Indizes den Unternehmen über „Greenwashing“ Zugang zum Kapitalmarkt.

Ein Blick auf die Investorenseite zeigt, wie komplex der Prozess der Inklusion von Nachhaltigkeit in die Kapitalallokation ist. Es beginnt bei der Entscheidungsfindung: Sieben von zehn Investitions-Manager*innen nennen den Mangel qualitativer Informationen als größte Herausforderung in der Adaptierung von ESG Prinzipien (Financial Times, 2019).

Ebenso bedarf es für die erfolgreiche Analyse der Ergebnisse nachhaltiger Investments an Seriosität: Nur rund ein Drittel der institutionellen Investoren misst den „Impact“, also den Erfolg, ihrer nachhaltigen Investitionen (Bright Harbor Advisors, 2018).

Nachhaltige Finanzen

Auch institutionelle Investoren, die sich glaubwürdig den ESG-Zielen verschrieben haben, agieren auf sehr unterschiedliche Art und Weise. Der japanische Rentenfonds benutzt drei unabhängige ESG-Indizes, während der norwegische Staatsfonds über ein eigenes Ethikkomitee gelenkt wird. Und dies sind nur zwei Beispiele in einem Meer von verschiedenen Ansätzen.

Diese Vielzahl der Herangehensweisen von Investoren verhindern Transparenz und Effektivität. Es entstehen Schwierigkeiten für tatsächlich nachhaltig-agierende Unternehmen und insbesondere Startups, die Investorengelder benötigen. Sie sehen sich einer Vielzahl von Indizes und Zertifizierungen ausgesetzt, die häufig ähnliche Sachverhalte überprüfen sollen.

Um für möglichst viele Investor*innen infrage zu kommen, müssen sie sich unter hohem Verwaltungsaufwand für diese Zertifizierungen qualifizieren, wodurch sich eine gewisse Frustration ausbreitet (Blackrock, 2019). Für sie ist es oft schwer, sich von ihren grüngewaschenen Konkurrenten zu differenzieren und am Kapitalmarkt entsprechend wahrgenommen zu werden. In der Praxis betreiben viele Unternehmen „Cherrypicking“ bei genau den Indizes, die sie am besten dastehen lassen (Financial Times, 2019).

Wir können uns diese Ineffizienzen nicht mehr leisten; auf dem Weg in eine nachhaltige Zukunft sind sie weitere Stolpersteine bei der sozial-ökologischen Transformation der (Finanz-)Wirtschaft. Seit Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls wurde bereits zu viel Zeit mit reinen Lippenbekenntnissen verloren.

Der Grüne Wirtschaftsdialog möchte auf diese Entwicklung reagieren und hat daher ein Fachforum zum Thema Sustainable Finance ins Leben gerufen. Bereits das Auftakttreffen Anfang Mai in Frankfurt zeigte, dass viele Finanzmarktakteure, Banken und Versicherungen ähnliche Prioritäten haben. Sie wünschen sich klare Regelungen für nachhaltige Finanzprodukte sowie ambitionierte Investitionen in grüne Technologien.

Neben Finanzierungen etablierter Firmen und Geschäftsmodelle haben wir es uns als Grüner Wirtschaftsdialog zum Ziel gemacht, die nachhaltigen Unternehmen von morgen zu fördern. Hierzu gehören insbesondere die Finanzierungsbedarfe und regulatorischen Rahmenbedingungen von Startups.

Wir danken unseren Mitgliedern für ihr Engagement bei unseren Veranstaltungen zum Thema Sustainable Finance und laden Finanzmarktakteure, Unternehmen und Startups herzlich dazu ein, sich im kommenden Jahr bei uns einzubringen.

Nachhaltige Finanzen – Stimmen aus der Wirtschaft

Sustainable Banking aus europäischer Perspektive

Bernd Geilen, Vorstandsmitglied der ING-DiBa AG und des GWD

„Auf der Innovationsseite zählt der Deutsche Markt nicht zu den führenden Märkten. Ein guter Indikator dafür ist der Anteil der Mobile Banking-Nutzer. Und im Hinblick auf umweltschonende Finanzierungen nimmt die KfW, als Staatsbank Deutschlands, eine Sonderrolle ein. Egal, ob internationale Aktivitäten oder Förderaktivitäten die KfW ist Ansprechpartner Nr. 1, für die Politik, die Kunden, inzwischen auch für Startups. Langfristig sollten diese Felder aber auch stärker von normalen Geschäftsbanken übernommen werden.

Im Sustainable Banking waren die deutschen Banken gefühlt schneller als etwa im Bereich Mobile Banking. Was wir aber brauchen, ist eine klare, transparente und adaptierbare Taxonomie. Auch im Greentech Bereich gibt es ja ständige Neubewertungen einzelner Technologien, das alles macht die Sache komplex. Und: Wir müssen uns vor einem rein deutschen Fokus hüten. Der Finanzmarkt ist wie die Klima-Veränderung international. In Brüssel wird über diese Fragen derzeit debattiert und wir tun gut daran, unsere Debatten, unsere Kriterien international auszurichten – und nicht das eigene Süppchen zu kochen.“

Die Finanzierung nachhaltiger Startups

Dr. Nicolas Scharioth, Gründer des Marktforschungs-Startups Pollion GmbH

„Deutschland steht vor einem gewaltigen Umbruch. Für die Umstellung auf eine nachhaltige Wirtschaftsweise verbleibt nicht viel Zeit – das kann nur mit und nicht gegen die Wirtschaft funktionieren. Die offensichtlichen Partner für den Wandel sind neben den etablierten Unternehmen, die nachhaltig wirtschaften (wollen), die rund 6.000 nachhaltig orientierten Startups aus allen Branchen, die es mittlerweile in ganz Deutschland gibt. Per Definition wollen Startups den Status quo verändern – deshalb sollten sie im besonderen Fokus grüner Wirtschaftspolitik stehen. In diesem Sinne möchte ich mich dafür einsetzen, den Austausch zwischen Grünen und Gründern zu intensivieren."

GRÜNER WIRTSCHAFTS DIALOG

Wirtschaft im digitalen Wandel

Wirtschaft im digitalen Wandel

Unsere Top 3 politischen Imperative

1. Deutschland und Europa haben große Chancen in der digitalen Ökonomie, insbesondere bei der Digitalisierung der Industrie – um diese zu nutzen, sollte man nicht auf Datenmonopole setzen, sondern kooperative und dezentrale Datenpools entwickeln, mit neutralen Intermediären als Treuhänder

2. Bei Digitalisierungsprozessen in Wirtschaft und Gesellschaft muss die Politik klare und richtungsweisende Rahmenbedingungen vorgeben, um Innovationen aktiv zu unterstützen und gleichzeitig Datenschutz und -souveränität zu gewährleisten, um auch die Lebensqualität in der Gesellschaft steigern

3. Der Aufbau digitaler Plattformen europäischen Ursprungs muss gefördert werden, beispielsweise im Bereich der sozialen Netzwerke sowie für noch nicht erschlossene B2C-Vertriebskanäle wie etwa bei digitalen Angeboten im Bereich Gesundheit oder Landwirtschaft

Sowohl klassische Vertriebskanäle wie der Einkauf von Lebensmitteln und Kleidung im Einzelhandel, als auch die Konfiguration von Produkten und gar komplexen Dienstleistungen sind heute über das Internet verfügbar. Darüber hinaus erhalten immer mehr digitale, miteinander verknüpfte Endgeräte Einzug in unsere Haushalte – heute sind es bereits mehr als 27 Millionen Geräte des sogenannten „Internets der Dinge“, von intelligenten Sprachassistenten bis hin zu selbstständigen Staubsaugern (Statista, 2019).

Bei der Betrachtung des Marktes fallen jedoch sofort die führende Rolle Chinas (insbesondere bei Hardware) und der USA (insbesondere bei Software) auf, wobei nur vereinzelt europäische Firmen eine führende Rolle spielen. Nur wenige, einzelne Plattformen stammen aus Europa. Diese geoökonomische Dominanz nicht-europäischer Staaten korrespondiert dabei mit fragwürdigen Datenschutzpraktiken der jeweiligen Plattformen. Angesichts des rapiden Wachstums der wertvollen und zugleich sensiblen Datenmassen sowie der Abhängigkeit der Nutzer*innen von einem mächtigen Oligopol auf der Angebotsseite, stellt sich die Frage nach einer europäischen Antwort.

Wirtschaft im digitalen Wandel

Der Europäischen Union ist es mit der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) gelungen, Grundregeln von Privacy und Datenschutz aufzustellen und gegenüber den Mitgliedsstaaten einzufordern. Darüber hinaus hat die DSGVO einen prägenden Vorbildcharakter über die legislativen Grenzen Europas hinaus. Die Überlebens- und Entwicklungsfähigkeit einer privacy-sensiblen, datennutzenden Ökonomie ist eng damit verbunden, ob es in Europa gelingt, eine neue Haltung freiheitlicher, aber leistungsfähiger Datennutzung durch Unternehmen zu etablieren.

Die Debatte vermengt sich dabei offensichtlich mit der Frage einer europäischen Industriepolitik, welche sich an dem Ziel der digitalen Souveränität orientieren sollte. Darüber hinaus gilt: Digitale, disruptive Industrie lebt von der Modularität, der Nutzung von Open-Source-Produkten ebenso wie von der Konsolidierung von Einzellösungen durch Unternehmen und Konzerne. Der Innovationsführer von Gestern kann der Monopolist von Morgen sein. Es gilt aber ebenso: Der Monopolist von Gestern kann der Verlierer von heute sein.

Des Weiteren darf in der Betrachtung von digitalen Prozessen ein wichtiger Faktor nicht vergessen werden: Der ökologische Einfluss massiver Rechenleistungen, welche in den entsprechenden Zentren enorme Mengen an Energie für Betrieb und Kühlung der Server benötigen. Um bei den Chancen der Digitalisierung nicht in eine ökologische Sackgasse getrieben zu werden, bedarf es regulatorischer Forderungen und Förderungen, um im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik energieeffizienter zu agieren und hierbei konsequent auf erneuerbare Stromquellen zu setzen.

Die Politik ist deshalb gefordert, den richtigen Ordnungsrahmen für Gegenwart und Zukunft zu setzen. Mit dem Fachforum wollen wir die Debatte um Digitalisierung, Innovationspolitik sowie die Rolle nationaler und europäischer Digitalpolitik, von Rollen, Zielen und Instrumenten neu beleben. Außerdem wollen wir eine Abwägung der verschiedenen Fragen initiieren und möglicherweise dadurch zu einer neuen Wahrnehmung von Privacy, Bürgerrechten und Datennutzung in einer digitalisierten Gesellschaft kommen.

Wir sind überzeugt, dass die Digitalisierung vor allem Chancen für Wirtschaft und Gesellschaft bietet, wenn diese richtig und verantwortungsvoll genutzt werden. Dies wollen wir gemeinsam mit vielen weiteren Akteuren aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft vorantreiben, indem wir Schnittstellen der Interessen und Ideen aufzeigen und diese anhand konkreter Lösungsvorschläge in den politischen Prozess einbringen.

Wirtschaft im Digitalen Wandel – Stimmen aus Wirtschaft und Politik

Digitalisierung muss pragmatisch und gemeinschaftlich umgesetzt werden

Torsten Wunderlich, Leiter DATEV Informationsbüro Berlin

„In Zeiten eines grundlegenden technologischen Wandels, einer digitalen Transformation in allen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen bedarf es einem pragmatischen Vorgehensmodell. Gerade die enormen Schwierigkeiten, die Deutschland aktuell bei vielen Digitalisierungsthemen hat, zeigen, wie dringend und wichtig neue Formate eines konstruktiven und verbindlichen Dialogs auch zwischen Industrie und Politik sind.

Es gibt internationale, europäische und nationale Herausforderungen und Anforderungen sowie ein stimmiges Vorgehen über diese Sphären hinweg. Das kann Deutschland allein nicht ausgestalten, sondern nur im Rahmen einer die grenzüberschreitenden Orchestrierung. Orientierung böte eine konsequente europäische Ausrichtung: Das aktuelle BMWi-Projekt Gaia-X (ein europäisches „Cloud-Netzwerk“) kann einen wertvollen Beitrag für die politische Orientierung und technische Standardisierung liefern. Sollte es auch noch gelingen, eine Europäische Genossenschaft als Rechtsform für das Netzwerk zu etablieren, wäre es sogar möglich, europäische Digital-, Wirtschafts-, Innovations- und Integrationspolitik zu vereinen.“

Eine wertegeleitete Digitalpolitik ist überfällig

Tabea Rößner, MdB, Sprecherin für Netzpolitik

„Eine angemessene Koordination digitalpolitischer Belange auf Bundesebene ist Voraussetzung, um überfällige Grundsatzentscheidungen, beispielsweise die, wie die Bundesregierung zum Thema Verschlüsselung steht, endlich zu klären. Wer national keine Antworten hat, kann auch international nicht glaubhaft auftreten.

Die Bundesregierung muss sich auch fernab von Sonntagsreden insgesamt sehr viel stärker an die Seite derer stellen, die für den Schutz eines offenen Internets, die Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit, für mehr Transparenz und Open Government und für eine Stärkung von Multistakeholder-Prozessen sowie eine Beteiligung der Zivilgesellschaft einsetzen.“

GRÜNER WIRTSCHAFTS DIALOG

Gesundheit und Innovation

Gesundheit und Innovation

Unsere Top 3 politischen Imperative

1. Unabhängig vom Einkommen, dem Wohnort, sowie weiterer Merkmale der Patient*innen muss eine gute medizinische Versorgung gewährleistet werden – vor diesem Hintergrund ist es wichtig, die künftigen Herausforderungen ins Auge zu nehmen, allen voran den demographischen Wandel

2. Im Bereich von Forschung und Entwicklung neuer Medizintechnik müssen Innovationshürden abgebaut werden, eine schnelle Nutzungsverbreitung sowie eine ausreichende Finanzierung in der Früh- und Expansionsphase muss aktiv gefördert werden

3. Wir sind von der Leistungsfähigkeit verantwortungsfähiger Akteure überzeugt – die oberste Aufgabe der Politik ist es, einen richtigen Rahmen zu schaffen, in dem Akteure die notwendigen Innovationen entwickeln, erproben und in den medizinisch-therapeutischen Alltag bringen können. Die Wirtschaftlichkeit und Effizienz des öffentlichen Gesundheitssystem müssen dabei jederzeit berücksichtigt werden

Kaum ein Teil des modernen Versorgungssystems sowie seiner Dienstleistungen und Akteure ist so unmittelbar existenziell am Leben der Menschen beteiligt wie das Gesundheitssystem. Innovationen bieten dem Gesundheitssystem eine Vielzahl an Chancen, Patienten in Zukunft besser zu versorgen und damit die Lebensqualität in unserer Gesellschaft zu steigern. Neue Behandlungsmethoden wie Gentherapie und synthetische Biologie spielen dabei ebenso eine Rolle wie die Möglichkeiten der Digitalisierung in der Medizin in Form von verbesserter Diagnostik mittels Patientenakte und Big Data, oder auch Ferndiagnostik durch Videotelefonie.

Die Wahrnehmung dieser Chancen bring jedoch auch eine Vielzahl von Herausforderungen mit sich. Diese sind finanzieller und demographischer, aber auch ethischer Natur. Stimmt die Einbettung in unser soziales System? Stimmen die Parameter des vorhandenen Systems? Brauchen wir einen grundsätzlichen Paradigmenwechsel, zum Beispiel eine neue Kultur der Leistungsbeziehungen? Wie wird die Steigerung der Effektivität mit einer darstellbaren Effizienzsteigerung verbunden?

Gesundheit und Innovation

Im Hinblick auf die erfolgreiche Nutzung digitaler Lösungen ist eine Absenkung von Innovationshürden wesentlich. Hierfür müssen die Kooperation mit institutionellen Anwendern sowie die Verfügbarkeit von relevanten, nicht-personenbezogenen Daten (z.B. Open Source Code) gefördert werden. Am Beispiel Gesundheit senkt die Verfügbarkeit von anonymisierten Daten (z.B. relevante Teilinformationen aus Bildern von CTG/Röntgen/etc. und weitere Messwerte wie EEG/EKG inkl. der Befunde), um Algorithmen trainieren zu können, die Hürde für innovative Anwendungsentwicklungen enorm.

Neben einer verbesserten medizinischen Versorgung bieten etwaige technologische Innovationen auch das Potenzial, die menschlichen Kapazitäten im Bereich von Medizin und Pflege konzentriert dort einzusetzen, wo der Kontakt zu den Patient*innen gefordert ist. Zusätzliche Aufgaben könnten dann primär von einer technologischen Assistenz übernommen werden. Wichtig ist: Der Mensch muss immer im Mittelpunkt stehen.

Wie kommt jedoch „das Neue“ in die Gesundheitswelt? Rückblickend erkennen wir, dass Modellvorhaben, Selektivverträge und der Innovationsfonds Impulse geben können, aber diese Impulse nicht zu flächendeckender Veränderung führen. Die vierfache Governance von Bundespolitik, Länderhoheit, Selbstverwaltung und Aufsicht führt zu einem Verordnungsdschungel, der notwendige Veränderungen verhindert.

Wir orientieren uns daher an den Zielbildern künftigen Patientennutzens: Wie wollen Gesunde, akut Kranke, Chroniker und Pflegebedürftige ein gutes Gesundheitswesen 2030 erleben? In weiteren Schritten werden wir verschiedene institutionelle Veränderungsszenarien für ein gutes und innovationsfähiges Gesundheitswesen skizzieren und ihre Leistungsmerkmale, Chancen und Risiken sowie die hiermit jeweils verbundenen Realisierungsvoraussetzungen benennen.

Welche Wege führen zum Ziel? Welche Chancen, welche Risiken begegnen uns auf den jeweiligen Wegen? Welche Aufgaben kann, welche muss die Politik dabei übernehmen? Und nicht zuletzt, wie können verbindliche Rahmensetzungen erfolgen, welche die notwendigen Innovationszeiträume von acht bis zwölf Jahren berücksichtigen?

Wir freuen uns darauf, uns gemeinsam mit engagierten Unternehmer*innen und Politiker*innen dieser Reihe an herausfordernden Fragen zu stellen. Das Fachforum des Grünen Wirtschaftsdialogs bietet eine gute Basis dafür, im Austausch konstruktive und realistische Lösungsansätze für die Zukunft unserer Gesundheit zu entwickeln.

GRÜNER WIRTSCHAFTS DIALOG

Gesundheit und Innovation – Stimmen aus Politik und Wirtschaft

Die Herausforderungen der Alten- und Pflegepolitik

Cordula Schulz-Asche, MdB, Sprecherin für Pflege- und Altenpolitik

„Wir sind mitten in einem demografischen und gesellschaftlichen Transformationsprozess, der unser Land auch in den nächsten Jahrzehnten stark prägen wird. Ein stark ansteigender Pflegebedarf steht einem zurückgehenden Arbeitskraftpotenzial gegenüber.

Wir sehen uns daher herausgefordert, schon heute dafür zu sorgen, dem Anspruch einer würdevollen, die Pflegebedürftigen stärkenden Pflege gerecht zu werden. Das pflegerische Handlungsfeld und eine gerechte und stabile Finanzierung von Pflege müssen weiterentwickelt werden. Im Rahmen meiner Rolle als Fraktionssprecherin für dieses Thema nehme ich gerne die Verantwortung an, mit allen Stakeholdern im Gespräch zu sein. Der Grüne Wirtschaftsdialog bietet eine ideale Dialogplattform."

Der Grüne Wirtschaftsdialog bietet ein geeignetes Forum zum Austausch

Dr. Andreas Eurich, Vorstandsvorsitzender, Barmenia Allgemeine Versicherungs-AG

„Am Grünen Wirtschaftsdialog gefällt mir die Zusammensetzung, das Engagement der Mitwirkenden, sowie der Mut, Tabus beiseite zu schieben und nach vorne zu denken.

Das ist wichtig, denn Denken ist Probehandeln."

Im Austausch nachhaltige Lösungen auf die Fragen der Zukunft finden

Petra Jumpers, Geschäftsführerin Lilly Deutschland GmbH, Österreich, Schweiz

„Wir sind überzeugt, dass ökologisch-soziale Verantwortung und wirtschaftlicher Erfolg keine Gegensätze sind, sondern zusammengehören. Der Grüne Wirtschaftsdialog ist für uns ein ausgezeichnetes Format, um im Austausch mit politischen Entscheidungsträgern von Bündnis 90/Die Grünen und anderen Vertretern aus dem Gesundheits- und Wirtschaftsbereich nachhaltige Lösungen für die drängenden Zukunftsfragen zu entwickeln."

PP-MG-DE-0645

GRÜNER WIRTSCHAFTS DIALOG

Wohnungswirtschaft

Wohnungswirtschaft

Unsere Top 3 politischen Leitfragen

1. Kommunale Ebene: Wie kann die kommunale Vergabepraxis von Flächen oder Bauland optimiert werden? Wie können mieterfreundliche kommunale Wohnungsunternehmen und -genossenschafen unter fairen marktwirtschaftlichen Bedingungen gestärkt werden?

2. Sozialer Wohnungsbau: Wie kann eine langfristige Strategie für sozialen, bezahlbaren Wohnungsbau gestaltet werden? Können hier Konzepte wie die Wohngemeinnützigkeit oder unbegrenzte Mietpreisbindung sinnvolle Bausteine sein?

3. Peripherie: Welche Maßnahmen können den Ballungsraum entlasten? Wie kann Infrastruktur am effizientesten eingesetzt werden, um das städtische Umland und den ländlichen Raum attraktiv zu gestalten?

Wohnen wird derzeit als die „Neue Soziale Frage" gehandelt. Der Brennpunkt der Diskussionen ist Berlin. Die Sorge in der Hauptstadt und anderen Ballungsräumen ist, dass uns in einem bereits angespannten Markt Preisentwicklungen wie in den Metropolen London oder Paris bevorstehen. Das Menschenrecht Wohnen schlägt auch emotional Wellen wie kaum ein anderer Bereich der Politik.

Es wurde ein Volksbegehren gestartet, das die Enteignung der zehn größten Wohnungsbauunternehmen zum Ziel hat. Die rot-rot-grüne Regierung hat den Vorschlag zu einem Mietendeckel unterbreitet. Dem vorgestellten Modell eines fünfjährigen Mietenstopps im freien Wohnungsbestand widersprechen jedoch nicht nur die Verbände der Wohnungswirtschaft, sondern auch genossenschaftliche Vereinigungen und Mieterverbände.

Neben der dominierenden Frage der Mietpreissteigerung sind andere Themen der Wohnungspolitik, wie energetische Sanierung oder Städtebauentwicklung, längst in den Hintergrund geraten.

Wohnungswirtschaft

Jenseits der populistischen Debatte ist unstrittig: Die Mietsteigerungen haben vielfältige Ursachen. Angesichts der Vielzahl von Faktoren leistet die Fixierung auf große Wohnungsunternehmen die für die zugespitzte Debatte die notwendige Komplexitätsreduzierung, führt aber nicht zu einer Lösung.

Zuwanderung, innerdeutsche Binnenwanderung, eine Zunahme der Singlehaushalte und der durchschnittlichen Wohnflächen, die Zinspolitik der Europäischen Zentralbank, die Anlageflucht in Immobilien, Vernachlässigung der Instandsetzung, die weitgehenden Anforderungen der Energiewende, Baulandpolitik, langwierige Genehmigungsprozesse, weitgehende Bauauflagen, spezifische Städteplanungsprozesse, Blockaden bei der Wohnraumverdichtung und spekulativer Leerstand sind nur einige von ihnen.

Der dadurch hervorgerufenen Problematik muss die Politik entschlossen und überlegt begegnen. Es ist ihre Aufgabe, dafür zu sorgen, dass der Boden- und Wohnungsmarkt nicht durch eine Angebotsverknappung oder Spekulationen weiter aus dem Gleichgewicht gerät.

Undifferenzierte Instrumente zur Mietpreisbegrenzung wie der Mietendeckel sollten aufgrund ihrer Risiken und Nebenwirkungen nur in Ausnahmesituationen als kurzfristige Notwehrmaßnahmen begriffen werden. Der Fokus politischer Gestaltung muss auf die wesentlichen, langfristig wirksamen Rahmenbedingungen der Flächenvergaben und der Mietpreisbindung geförderten Wohnraums gelegt werden.

Der Grüne Wirtschaftsdialog hat den Themenkomplex Wohnungswirtschaft im abgelaufenen Jahr im kleinen Kreis mit ausgewählten Mitgliedern und Unternehmensvertretern angeschnitten. Wir werden das Thema im kommenden Jahr mit dezidierten Fachforen weiter verfolgen.

Neben den oben genannten politischen Leitfragen wollen wir uns auch befassen mit: Besitzstrukturen (der Entwicklung von Wohneigentum), Vereinbarkeit von Klimaschutz und Bezahlbarkeit, sowie Kostentreibern (Bauwirtschaft und Grundsteuer). Hierfür freuen wir uns über ein reges Engagement aus der Wirtschaft und der Politik. Kontaktieren Sie uns gerne, wenn Sie gemeinsam mit uns fundierte Handlungsempfehlungen und Implikationen für die Politik ableiten wollen.

Wohnungswirtschaft – Stimmen aus Politik und Wirtschaft

Wir brauchen eine Wohnungspolitik, die alle Akteure in den Blick nimmt

Daniela Wagner, MdB, Sprecherin für Stadtentwicklung

„Die Politik muss den ganzen Werkzeugkasten an Instrumenten einsetzen. Schlüssel zur Lösung ist natürlich das Bauen selbst. Die soziale Wohnraumförderung und der Kauf von Belegungsrechten spielen für kleine Einkommen eine zentrale Rolle. Außerdem müssen die Konditionen für Bausparprämien angepasst werden sowie Genossenschaftsanteile erwerbbar sein.

Des Weiteren muss der Mieterschutz besser werden. Allerdings zielgenau und nicht nach der Methode Rasenmäher. Ziel muss es bleiben, dass in den Neubau von bezahlbaren Wohnungen investiert wird. Mit dem GWD besteht eine Plattform, die die gesamte Spannweite der politischen Diskussion abbildet.“

Wohngemeinnützigkeit und gezielte Flächenvergaben

Ulf Reinhardt, Vorstand der Wohnungsgenossenschaft Lüneburg eG

„Vor fast 30 Jahren wurde das erfolgreiche Modell der Wohngemeinnützigkeit abgeschafft. Heute sind es überwiegend nur noch kommunale Wohnungsunternehmen und Genossenschaften, die mit günstigen Wohnungsangeboten zur Entspannung der Mietmärkte beitragen.

Die größte Hürde liegt in der kommunalen Vergabepraxis von Flächen. Wenn meistbietend verkauft wird anstatt gezielte Vorgaben für geförderten Wohnungsbau zu machen, wird auch in Zukunft nicht ausreichend bezahlbarer Wohnraum geschaffen. Ein Mietendeckel hingegen führt zu einer weiteren Verknappung des Angebots und trifft besonders die sozialen Vermieter, die bisher günstige Mieten anboten.“

Klimaschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Rolf Buch, Vorstandsvorsitzender der Vonovia SE

„Es muss gelingen, das Spannungsverhältnis zwischen bezahlbarem Wohnraum und Klimaschutz im Gebäudebereich sozialverträglich und nachhaltig aufzulösen. Hier bedarf es gemeinsamer Anstrengungen aller gesellschaftlichen Akteure.“

GRÜNER WIRTSCHAFTS DIALOG

Ausblick

Wir danken unseren Unterstützer*innen und freuen uns auf die Herausforderungen in 2020

Das erste Jahr war aufregend und wegweisend für die Arbeit unseres Vereins. Deshalb möchten wir uns herzlich für die tatkräftige Unterstützung aller Beteiligten bedanken und freuen uns auf weitere Kooperationen und gemeinsame Veranstaltungen.

Vor uns liegen noch viele Möglichkeiten und Aufgaben. Angesichts der ungenügenden Arbeit der Bundesregierung im Bereich Umwelt- und Klimapolitik sowie fehlenden Wirtschaftskonzepten steht fest: Wir sind noch lange nicht am Ziel. Es bedarf konkreter Lösungen, die zum einen eine Erreichung der Klimaziele ermöglichen, aber auch dafür sorgen, dass unser Industriestandort in Deutschland und Europa für die Wirtschaftsrealität der Zukunft sattelfest ist und die „grüne Revolution“ der Wirtschaft als Innovationsführer vorantreibt. Um diesen Prozess aktiv zu fördern, setzen wir auf weitere konstruktive Gespräche mit engagierten Unternehmer*innen und wollen deren Ideen in die politische Arbeit einbringen. Darüber hinaus möchten wir unser regionales Netzwerk stärker ausbauen, etwa durch eigenständig agierende Arbeitsgruppen in den einzelnen Bundesländern und Wirtschaftsräumen.

Sie sind noch nicht ein Teil unseres Netzwerks?

Dann werden Sie jetzt Mitglied!

Lassen Sie uns gemeinsam herausfinden, wie Sie sich am effektivsten in unsere Arbeit in Fachforen, Regionalgruppen und Veranstaltungen einbringen können. Neben den bestehenden Angeboten könnten möglicherweise auch spezifische, projektbezogene Beteiligungen interessant sein.

Außerdem laden wir Sie dazu ein, unseren Newsletter zu abonnieren sowie unseren Tätigkeiten in den sozialen Netzwerken zu folgen, so bleiben Sie auf dem Laufenden über die Aktivitäten des Grünen Wirtschaftsdialogs.

Im Namen des Vorstands

Gabriele C. Klug

Stellv. Vorsitzende und Geschäftsführerin des Grünen Wirtschaftsdialogs e.V.,
Stadtkämmerin a.D. der Stadt Köln, Rechtsanwältin

V. i. S. d. P.:
Grüner Wirtschaftsdialog e.V.
Gabriele C. Klug
Friedrichstr. 55a, 10117 Berlin
T: +49 30 2021 9404
E: info@g-wd.de

Redaktion
Kaspar Filipp
Julian Joswig

Druck
Newprint blue GmbH
Berliner Straße 13-14
10715 Berlin

GRÜNER
WIRTSCHAFTS
DIALOG

www.gruener-wirtschaftsdialog.de